"Der Courier"

Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Ehmann, geschäftsführender Direktor.
M. E. v. Amerongen, Redakteur.
Geschäftslokal:
1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon: — Tag: 3391 — Nacht: 2131.
Abonnementspreis:
im Voraus zahlbar.

Inland.

Mittwochausgabe (12—32 Seiten Stark)—	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
	$3.00	$1.50	$ .75	$ .35

Ausland. — Vereinigte Staaten und Europa.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Mittwochausgabe	$4.00	$2.00	$1.00	$ .50

Reklamen kosten 70¢ per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht, usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 50 Cents.

The Aim of the Foreign Language Newspaper of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them; To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty; In all ways to aid in making this country greater and better.

Wochenchronik

Francesco Nitti, in den Jahren 1919 bis 1920 italienischer Ministerpräsident, sagt in seinem jetzt erschienenen Werk „Die Zertrümmerung von Europa", daß Europa durch den Vertrag von Versailles zertrümmert wird und sogar neuen und schrecklicheren Kriegen entgegengeht. Der Krieg, sagt Nitti, hat Frankreich sein größtes Ansehen geraubt, den Reiz eines demokratischen Landes. Alle demokratischen Rassen blicken jetzt auf Frankreich mit Mißtrauen, manche mit Haß.

Deutschland ist heute in einem hilflosen und zerbrochenen Zustand. Es wird keinen Krieg beginnen, es kann nicht. Aber wenn Deutschland morgen Krieg anfangen sollte, wie viele Völker würden Frankreich helfen? Niemand vermag die Zukunft zu sehen. Rußland wird sich früher oder später erholen, auch Deutschland wird sich nach einer Reihe von Sorgen und Entbehrungen wieder aufrichten und niemand vermag zu sagen, wie die Deutschen sich verhalten werden. Wenn nicht eine Politik des Friedens und sozialer Erneuerung gebildet und befolgt wird, so werden unsere Söhne die Zeugen weit furchtbarerer Szenen sein, als jener, welche unsere Generation entsetzt und unsern Geist noch mehr als unsere Interessen geschädigt haben.

Selten noch haben sich Worte schneller bewahrheitet als diejenigen Nittis. Wenn auch Deutschland hierbei nicht zur Sprache kommt, so beweisen die Verhandlungen in

Mudania,

daß die Welt neuen Kriegen entgegengeht. Die Situation im nahen Osten gestaltet sich immer kritischer. Die leitenden Staatsmänner der Entente sind sich nicht einig. England versucht dem „schrecklichen Türken" gegenüber das allen Freunden des „Poker" bekannte Spiel des „Bluff". Trotzdem aber ist es willens, die Mehrzahl der von Mustapha Kemal Pascha gestellten Forderungen zu bewilligen und selbst Rußland zu der Konferenz für Regelung der Dardanellen-Frage und Revidierung des am 10. August 1920 aufgezwungenen Friedensvertrages von Sevres zuzulassen. Frankreich ist bekanntlich kein Freund der Sowjets, dürfte aber nachgeben, weil auch Italien keine Opposition erhebt. Die wirkliche Gefahr der Lage im nahen Osten ist durch die Haltung Griechenlands bedingt, das auf Abtretung Ost-Thraziens an die Türken sich nicht einlassen will und angeblich entschlossen ist, es bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Sollten aber Griechen und Türken sich in Thrazien in die Haare geraten, so werden die anderen Balkan-Völker sicherlich eingreifen, und damit wäre dann die Fackel eines neuen Weltbrandes entzündet. Indessen ist es fraglich, ob es nicht den englischen Ueberredungsmitteln und den „überzeugenden Argumenten", die in Griechenlands korrupter Politik so viel gelten, gelingen wird, die Machthaber in Athen zum Kleinbeigeben den Wünschen der Türken gegenüber zu veranlassen. Ob der neue König Georg in friedliche Bahnen einlenkt, oder Venizelos, dazu die Hand bietet, kann ganz gleichgültig sein. Der Stein des Anstoßes ist Thrazien, dessen Räumung Griechenland nicht zugeben will. Während die Konferenz zuerst rein militärischen Charakters sein sollte, haben sich nunmehr die Diplomaten hinzugestellt. Die Pressevertreter sind vollständig ausgeschlossen und dürfen, in Konstantinopel harrend, nur das veröffentlichen, was man ihnen anzuvertrauen für gut befindet. Aus allem kann man jedoch entnehmen, daß die Konferenz auf dem toten Punkt angelangt ist. Die Griechen werden voraussichtlich den Abzug aus Thrazien verweigern. Griechenland dürfte bei diesem Punkt hartnäckig sein und ein Hindernis für friedlichen Fortgang der Verhandlungen in Mudania bilden. Der ottomanische Befehlshaber machte diese Räumung zu einer seiner Bedingungen. Der ganze Erfolg der Geheimkonferenz hängt offenbar an diesem Punkt. Mustapha Kemal Pascha, stellte, wie in Erfahrung gebracht wurde, folgende Bedingungen:

1. Daß die Räumung von Thrazien förmlich garantiert wird.
2. Daß in den größeren Städten Thraziens Truppenabteilungen der Alliierten die Garnisonen beziehen.
3. Daß Thrazien von türkischer nationalistischer Gendarmerie besetzt wird.
4. Daß die Zivilverwaltung von Thrazien an die kemalistischen Behörden übergeben werden.
5. Daß Thrazien innerhalb acht Tagen von der griechischen Armee geräumt wird.
6. Daß alliierte Truppen die westliche Grenze Thraziens an der Maritza besetzen.

Diese ursprünglich gestellten Bedingungen wurden, — wenn die soeben eingelaufenen telegraphischen Bericht auf Wahrheit beruhen, — insofern abgeändert, als Ismeth Pascha von der Anwesenheit alliierter Truppen in Thrazien überhaupt nichts wissen will und auf deren sofortiger Zurückziehung besteht. Hiezu kommt, daß der französische Vertreter, General Charpy, erklärt haben soll seitens seiner Regierung beauftragt worden zu sein, die türkischen Ansprüche zu unterstützen. Diese Ankündigung kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel und weist erneut und deutlich auf die französisch-englischen Gegensätze hin, die mehr denn je dazu angetan sind, die Welt in einen furchtbaren Konflikt zu stürzen.

England.

Ein Wunder, daß ein Teil der englischen Bevölkerung mit Schrecken einzusehen beginnt, wohin die David Lloyd George Politik geführt hat. England kann unter diesen Umständen keinen Krieg wagen, der sich nie der Volkssympathieen erfreuen würde; des weiteren ist es militärisch auch viel zu schwach.

Für das Vertrauen Englands zu dem französischen Ententegenossen am kennzeichnendsten ist die gar nicht abreißende Debatte in der englischen Presse darüber, was in einem künftigen Krieg „die entscheidende Waffe" sein würde, ob das Kriegsschiff oder das Flugzeug. Von Frankreich wird dabei nie gesprochen, aber jeder Engländer weiß, gegen wen sich sein Land jetzt zu sichern hat. Und welche Nervosität die unausgesetzten französischen Rüstungen bereits stellenweise erzeugt haben, zeigt besonders deutlich eine Zuschrift an die „Times", in der ein Mr. G. Holt Thomas mit dem Admiral Sir Reginald Bacon, der in einer vorausgegangenen Zeitschrift den überragenden Wert der Kriegsschiffe zu beweisen gesucht hatte, etwas drastisch auseinandersetzt. Die Ausführungen des Admirals beantwortete er Punkt für Punkt in folgender Weise: „1. „Flugzeuge können Seetransporte nicht ersetzen." Ganz richtig, sie können auch Eisenbahnen und Autos nicht ersetzen, aber ein ausreichend starker Luftangriff kann alle diese Dinge überflüssig machen, wenn dabei, was Admiral Bacon selbst für möglich erklärt, ganze Städte und Bezirke vergiftet werden. 2. „Eine Invasion kann durch eine Luftflotte erst ausgeführt werden, wenn deren Einheiten sechszöllige Geschütze nebst Munition tragen können." Aber wozu noch Geschütze, wenn wir ohnedies tot sind? 3. „Jedenfalls ist der Seetransport immer der billigere." Kann uns egal sein, wenn wir tot sind. 4. „Eine Luftflotte kann eine Invasion nicht verhindern." Sie ist das einzige, was eine Invasion durch die Luft verhindern kann, die die gefährlichste ist. Denn wenn sie gelingt, sind wir tot, und dann ist jede andere Invasion für uns belanglos. 5. „Unsere Seemacht kann auch in entfernten Gewässern operieren." Hilft uns nichts, wenn wir schon tot sind. 6. „Der Erfolg eines Luftangriffes auf Großkampfschiffe ist zweifelhaft." Wie dem auch sei — wenn wir tot sind, kümmert es uns nicht mehr, ob Schiffe sinken oder nicht. 7. „Unsere Flugzeuge sind verbessert worden und haben daher Verteidigungskraft gegen Flugzeuge". Ganz recht, aber wir besitzen nicht genug davon, um einen Angriff zu verhindern, während andere Nationen Hunderte bauen. 8. „Die Kampfkraft unserer Schiffe hat sich beträchtlich gesteigert." Da mögen sie selbst gegen Angriffe gesichert sein, aber sie können nicht verhindern, daß fremde Flugzeuge uns umbringen." — Die Folgerung aus alledem zieht G. Holt Thomas dahin, daß man weder Schiffe noch Flugzeuge entbehren könne — wenn aber nicht Geld genug für beides da sei, müsse man zunächst Flugzeuge bauen, da in einem künftigen Kriege, wie jeder wisse, der erste und wahrscheinlich entscheidende Angriff aus der Luft erfolgen und die allerfurchtbarste Verheerung anrichten würde. — Kein Wunder, daß England sich mehr denn je nach Bundesgenossen umsieht.

Es muß ja sofort auffallen, daß die Briten für eine Konferenz für den Nahen Osten sind, an der auch Japan teilnimmt, daß sie indessen Rußland nicht dabei haben wollen. Also das ferne Japan, das von den Dardanellen durch den ganzen asiatischen Kontinent getrennt ist, soll über das Geschick Konstantinopels und der Zugänge zum Schwarzen Meer mitbeschließen, während Rußland, der gewaltigste Anwohner dieses Inlandsees, dessen einziger eisfreier Zugang zum Ozean am Goldenen Horn vorbeigeht, ausgeschlossen sein soll, obwohl es ausdrücklich Ansprüche auf Mitbeschließung erhebt. Dieser Umstand spricht sofort gegen die Ehrlichkeit der britischen Absichten. Japan ist der besondere Alliierte Englands und wird diesem seine volle Unterstützung geben, während Rußland sich auf Seiten der türkischen Nationalisten stellen wird. Man spricht hier in Amerika von einem Spiel mit „loaded Dice", mit gefälschten Würfeln, und dieser Ausdruck würde für die Konferenz nach dem Sinne Englands passen.

Wenn die Briten schließlich nachgeben und den Türken einige Zugeständnisse machen, so werden sie das nur tun, weil sie ihre gegenwrtige schlechte Position begreifen und später besser dazustehen hoffen. Sie hatten sich bereits des Glaubens hingegeben, Herren der Dardanellen zu sein, und werden daher alle ihre Diplomatenkünste aufbieten, um nicht aus dieser Stellung verdrängt zu werden. Den Türken alle Forderungen zu bewilligen, würde diese nach britischer Ansicht zu übermütig machen und müßte der „Freiheit der Dardanellen", so wie sie von den Briten verstanden wird, Abbruch tun.

England rüstet nicht umsonst mit aller Macht, um den Türken eine gewaltige Truppenmacht entgegen zu werfen und den Gegner mit einer unvergleichlichn Flotte bekämpfen zu können. Großbritannien weiß ganz genau, daß für seinen weltweiten Imperialismus viel, sehr viel auf dem Spiel steht, und es bereitet sich auf schwere Kämpfe vor.

Frankreich.

Welche Art von Gerechtigkeit bei den in der Note der Botschafterkonferenz angekündigten Contumacialprozessen, wenn sie durchgeführt werden, zu erwarten ist, zeigt als typisches Beispiel der Fall des Generals der Infanterie von Eberhardt (im Kriege Gouverneur von Straßburg und Armeeführer). Der General erhielt vor einiger Zeit von einem seiner früheren Untergebenen, Major R., den nachstehend im Auszuge wiedergegebenen Brief: „Durch einen Entente-Offizier binnen einer Stunde aus meinem Wohnort im besetzten Gebiet ausgewiesen, weil ich wegen Beihilfe zum Diebstahl von dem französischen Kriegsgericht zu Epinal zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt sei, bat ich meinen Bruder, der Schweizer Staatsangehöriger ist, sich an Ort und Stelle zu orientieren und evtl. Revision gegen das Urteil einzulegen. Am Gerichtsgebäude fand derselbe einen Anschlag vor, der an erster Stelle den Namen Eurer Excellenz enthielt, als zu lebenslänglichem Zuchthaus wegen Diebstahls verurteilt. Es folgen bayerische und preußische Offiziere, auch einige Soldaten, insgesamt 14 Namen, von denen zwei weitere zu Zuchthausstrafen, der Rest zu fünfjährigem Gefängnis wegen Diebstahls verurteilt sind, zu letzterer Strafe auch ich wegen Beihilfe zum Diebstahl. Die Verurteilungen haben ohne jedes Verfahren summarisch am 29. und 30. Juni d. J. stattgefunden. Meinem Bruder gegenüber, der mit höheren Offizieren, die das Kriegsgericht gebildet hatten, gesprochen hat, wurden keine Tatsachen, die als Unterlage für die Anklage dienen konnten, genannt. Man verweigerte die Einsicht der Akten und sagte schließlich, er möchte sich an den französischen Kriegsminister wenden. Beachtenswert ist, daß der belgische Offizier, der meine Ausweisung vollstreckte, und der gut deutsch sprach, die Angelegenheit als „Blödsinn" bezeichnete und als einen Haßakt der Franzosen...."

Der wirkliche Sachverhalt im Falle Eberhardt ist folgender:

1. General v. Eberhardt hat niemals auf der Liste der Entente betreffend die sogenannten Kriegsverbrecher gestanden.

2. Nicht ein einziges Stück aus französischem Besitz ist von General v. Eberhardt in Anspruch genommen, geschweige denn gestohlen (!) worden.

3. Er hat im Gegenteil sogar für die Erhaltung persönlichen Eigentums des Feindes gesorgt, u. a. dadurch, daß er sehr wertvolle Familienbilder und silberne Geräte aus einem Schlosse, das eine Zeitschiede der französischen Artillerie war, einpacken und in das Jesuitenkloster in Straßburg schaffen ließ. Hier übernahm der Weihbischof Zorn von Bulach den Schutz der Gegenstände, die er nach Friedensschluß dem Besitzer, einem Grafen de Lessaix, ordnungsgemäß wieder zugestellt hat.

4. Trotz dieses Tatbestandes ist der General zu lebenslänglichem Zuchthaus von dem französischen Kriegsgericht in contumacium verurteilt worden.

Ein Ausspruch des französischen Justizministers nimmt das Ergebnis der bevorstehenden Prozesse, noch ehe sie begonnen haben, vorweg, indem er sagt: „Die deutschen Kriegsverbrecher werden künftig da abgeurteilt werden, wo sie hingehören, nämlich vor den französischen Kriegsgerichten. Allen, die eine exemplarische Bestrafung dieser Uebeltäter erwarten, kann ich im voraus versichern, daß sie sich nicht getäuscht haben werden."

Während auf diese Art das offizielle Frankreich in seinem gallischen Hasse weiter wütet, scheint sich bei dem vorurteilsloseren Teile der Bevölkerung eine gesundere, weil friedfertigere und gerechtere Gesinnung Bahn zu brechen.

Die von Trarieux gegründete Liga der Menschenrechte hat Einladungen zu einem Kongreß versandt, der im Juni 1923 in Paris stattfinden soll. Auf diesem Kongreß soll auch die Frage der Kriegsschuld noch einmal verhandelt werden. In einem Vorschlag, der innerhalb der Pariser Abteilung der Liga verbreitet wird, heißt es: „Wenn wir die Schwierigkeiten der Gegenwart nach den Grundsätzen unserer Liga beurteilen, müssen wir feststellen, daß diese Grundsätze schamlos verletzt und verkannt werden. Deutschland, das 1918 nach einem erbarmungslosen Kriege besiegt worden ist, wird von den siegreichen Völkern wie eine Sklavennation behandelt und dazu verdammt, für viele Generationen den Siegern die Kosten des Krieges zu bezahlen. Das geschieht nach dem Urteilsspruche des Vertrages von Versailles, durch den das deutsche Volk gezwungen wurde, sich allein als den Verantwortlichen für die Entfesselung der Feindseligkeiten zu bekennen, ohne daß es ihm gestattet worden ist, über diese Frage zu debattieren, ohne daß es vor dem Tribunal, das dieses grausame Urteil fällte, sich verteidigen durfte, und sogar, ohne daß den Verurteilten die Schriftstücke und Beweise vorgelegt worden sind, nach denen der Spruch erfolgte. Für Deutschland ist seither das Recht der Selbstbestimmung ein Wort ohne Sinn geworden. Der Urteilsspruch, der Deutschland getroffen hat, bedeutet, selbst wenn er durch Tatsachen begründet werden könnte, eine verdammenswerte Parodie der Gerechtigkeit, die für die Vernunft und für die Grundsätze der Menschenrechte beleidigender ist, als es jemals der Spruch eines Kriegsgerichts sein konnte." Deshalb schlägt der Verfasser dieser Anregung, Mathias Morhardt, vor, daß die Pariser Abteilung der Liga vor dem Kongreß den Antrag unterstützen müsse, folgende Resolution anzunehmen: 1. Die Völker haben das Recht der Selbstbestimmung. Dieser Grundsatz duldet weder eine Ausnahme, noch einen Vorbehalt. Jede Kontrolle, die durch eine fremde Macht über ein Volk verhängt wird, jede Besetzung, auch wenn sie durch einen Vertrag gestattet wird, bedeutet eine ungerechte Handlung. Die Liga für Menschenrechte hat die Pflicht, gegen die Regierungen zu protestieren, die sich einer solchen Handlung schuldig machen. 2. Der Artikel 231 des Vertrages von Versailles, nach dem Deutschland als einziger Schuldiger am Kriege verdammt wird, widerspricht den Grundsätzen der Erklärung der Menschenrechte."

Dieser Vorschlag wird in der „Laterne" von Jean Melia ein Vaterlandsverrat genannt. Das Urteil der Welt wird anders lauten. Es wird den Mut jener Franzosen anerkennen, die aus der Verwirrung des Hasses zur Gerechtigkeit vordringen wollen. Vorläufig ist ihre Zahl noch klein, aber sie wächst mit jedem Tage.

Rußland.

In der vom „Komitee der Rußlandschweizer" herausgegebenen Broschüre: „Unter der Herrschaft des Bolschewismus" gibt ein Landsmann auf diese Frage folgende Antwort:

1. Vorübergehende höhere Bezahlung der Arbeiter.
2. Vermehrter Landbesitz der Bauern, die aber in den meisten Fällen bis zu dieser Zeit nicht imstande waren, das ihnen gehörende Land rationell zu bebauen.
3. Vollständiges Versagen der Lebensmittelversorgung.
4. Vollständiges Versagen der Rohstoffzufuhr.
5. Enorme Verteuerung der Lebensmittel, der Heizmaterialien und der Lebenshaltung überhaupt.
6. Enorme Verteuerung und teilweiser Mangel aller Bedarfsartikel.
7. Terror und allgemeine Unsicherheit für Gut und Leben nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch der Arbeiter, die sich nicht offen zum Bolschewismus bekennen.
8. Vollständige Arbeitslosigkeit der Industriearbeiter.
9. Verelendung und Verarmung des ganzen unglücklichen Landes; infolgedessen vollständiger Stillstand in der Entwicklung des Landes und der Bevölkerung.
10. Zugrunderichtung enormer Werte des Volks- und Nationalvermögens.
11. Zerstörung wertvoller und unersetzlicher Kunstschätze und wissenschaftlicher Güter.
12. Vollständige Demoralisierung der Bevölkerung.
13. Untergrabung des sozialen Staatsgedankens.

Ein für den Wiederaufbau Rußlands und damit auch Europas hochbedeutsames Ereignis hat sich in Berlin vollzogen. Zwischen Krassin, dem Bevollmächtigten der Sowjetregierung, und dem englischen Großindustriellen, Leslin Urquhart, dem Präsidenten des Aufsichtsrates der „Russo-Asiatic Consolidated Co.", ist ein Vertrag über Konzessionen an die englische Gesellschaft unterzeichnet worden. Nach fünfjährigem Kampf um die Anerkennung des Privateigentums macht die russische Räteregierung jetzt Konzessionen, die ohne den Charakter des Kommunismus zu verleugnen, der westlichen kapitalistischen Wirtschaftsform ein reiches Betätigungsfeld einräumen.

Die Bedeutung des Abkommens kann nicht besser gewürdigt werden, als an der Hand von Auslassungen Urquharts, die er vor seiner Abreise aus Berlin dem Berliner Berichterstatter der „Central News" gemacht hat. Er erklärte diesem:

„Auf rein geschäftlicher Grundlage ist es mir als Geschäftsmann, nicht als Politiker, gelungen, zu einer Verständigung mit den Soviets zu kommen, die ich seit fünf Jahren erbittert bekämpfte. In allen Verhandlungen mit den Soviets spielten die Hauptrolle zwei Punkte: die Anerkennung der Schulden der früheren russischen Regierungen und die Anerkennung des Privateigentums. Alle politischen Konferenzen mit den Russen in Genua und dem Haag scheiterten an der Anerkennung dieser Prinzipienfrage durch die Russen. In zehntägigen Verhandlungen mit Krassin ergab sich, daß die Bolschewisten recht hatten, diese beiden Fragen aus der politischen Atmosphäre zu entfernen und nicht zum Gegenstand internationaler Staatsverträge zu machen. Krassin leistete der Moskauer Regierung einen wichtigen Dienst, durch den Abschluß eines reinen Geschäftsvertrages ohne Einmischung fremder Mächte. Einen gewaltigen Sieg errang er, als er mich aus einem erbitterten Feind des Soviets zu ihrem Helfer beim Wiederaufbau gemacht hat. Durch den Vertrag, den wir jetzt abgeschlossen haben, habe ich für die „Russo-Asiatic" das Recht auf 99 Jahre für alle früher in unserm Besitz befindlichen Konzessionen bewirkt. Die Sowjetregierung leistet Ersatz für Material und Maschinen und gewährt große Summen zur sofortigen Indetriebsetzung. Ich habe das Recht, ohne Befragung der kommunistischen Arbeiterorganisationen Arbeiter beliebig einzustellen und zu entlassen. Ich hoffe, meine Arbeit in Rußland wird Deutschland in den gegenwärtigen kritischen Zeiten zugute kommen, und ich lade die deutsche Industrie und deutsche Unternehmer und Arbeiter zur Beihülfe beim Wiederaufbau des östlichen Nachbarn ein."

Die Bolschewiken machten Eingriffe in ihre gut angezeigten Lagerhäuser, mit Pelzen und anderen Luxuswaren aus anderen Tagen gefüllt. Pelze im Werte von einer Million Dollars wurden zum Austausch für Maschinen nach Leipzig gesandt.

Deutschland.

Deutschlands ewiger Kampf mit fantastisch emporschnellenden Lebenskosten wird einen erheblichen Teil der neu beginnenden Reichstagstagung in Anspruch nehmen. Zu lebhaften Debatten werden auch die auswärtige Politik der Regierung und die Entschädigungsfrage Anlaß geben. Diese beiden Fragen berühren das tägliche Leben aller Bewohner an den wichtigsten Stellen, der Geldbörse und dem Magen. Verschiedene Gesetze hinsichtlich der Nahrungsversorgung des Landes werden voraussichtlich beantragt. Die Gewerkschaften sind mit den Schritten, welche die Regierung bisher zur Erleichterung des Loses der Armen unternahm, nicht zufrieden.

Die Gewerkschaften werden ihren Forderungen mit Unterstützung der neu geeinten sozialdemokratischen Partei, die sich aus den alten Sozialdemokraten und den unabhängigen Sozialisten zusammensetzt, im Reichstag Nachdruck geben. Mehr Sozialisierung wird verlangt. Dies gilt namentlich für die sogenannten Schlüsselindustrien, wie Kohlenförderung. An zweiter Stelle steht die Entschädigungsfrage. Ueber die Politik der Regierung von Wirth besteht große Meinungsverschiedenheit. Wirth war der Apostel der Erfüllungspolitik, die sich aber in den letzten Monaten als eine Bankerottpolitik erwies und der Kanzler selbst hat seine Erfüllungsidee aufgegeben oder eingeschränkt. Er hat aber die starke Partei der Geschäftsleute nicht zufriedengestellt, die deutsche Volkspartei, in welcher Stinnes, Stresemann und die Großindustriellen Gewicht haben. Die Arbeiter sind verstimmt, nicht allein über die Entschädigungspolitik, sondern auch über den Handel, den Stinnes mit dem Franzosen Lubersac schloß, nachdem die Regierung vier Jahre lang vergebens eine Aussöhnung mit Frankreich zu erlangen gesucht hatte. Alle diese Umstände führten zur Unzufriedenheit mit der Regierung, die sich in den Debatten diesen Herbst und Winter zeigen wird. Ob das Ministerium Wirth der Sturmflut und für die Grundsätze der Menschenrechte beleidigender ist, als es jemals der Spruch eines Kriegsgerichts sein konnte." Deshalb schlägt der Verfasser dieser Anregung, Mathias Morhardt, vor, daß die Pariser Abteilung der Liga vor dem Kongreß den Antrag unterstützen müsse, folgende Resolution anzunehmen: 1. Die Völker haben das Recht der Selbstbestimmung. Dieser Grundsatz duldet weder eine Ausnahme, noch einen Vorbehalt. Jede Kontrolle, die durch eine fremde Macht über ein Volk verhängt wird, jede Besetzung, auch wenn sie durch einen Vertrag gestattet wird, bedeutet eine ungerechte Handlung. Die Liga für Menschenrechte hat die Pflicht, gegen die Regierungen zu protestieren, die sich einer solchen Handlung schuldig machen. 2. Der Artikel 231 des Vertrages von Versailles, nach dem Deutschland als einziger Schuldiger am Kriege verdammt wird, widerspricht den Grundsätzen der Erklärung der Menschenrechte."

Dieser Vorschlag wird in der „Laterne" von Jean Melia ein Vaterlandsverrat genannt. Das Urteil der Welt wird anders lauten. Es wird den Mut jener Franzosen anerkennen, die aus der Verwirrung des Hasses zur Gerechtigkeit vordringen wollen. Vorläufig ist ihre Zahl noch klein, aber sie wächst mit jedem Tage.

Rußland.

In der vom „Komitee der Rußlandschweizer" herausgegebenen Broschüre: „Unter der Herrschaft des Bolschewismus" gibt ein Landsmann auf diese Frage folgende Antwort:

1. Vorübergehende höhere Bezahlung der Arbeiter.
2. Vermehrter Landbesitz der Bauern, die aber in den meisten Fällen bis zu dieser Zeit nicht imstande waren, das ihnen gehörende Land rationell zu bebauen.
3. Vollständiges Versagen der Lebensmittelversorgung.
4. Vollständiges Versagen der Rohstoffzufuhr.
5. Enorme Verteuerung der Lebensmittel, der Heizmaterialien und der Lebenshaltung überhaupt.
6. Enorme Verteuerung und teilweiser Mangel aller Bedarfsartikel.
7. Terror und allgemeine Unsicherheit für Gut und Leben nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch der Arbeiter, die sich nicht offen zum Bolschewismus bekennen.
8. Vollständige Arbeitslosigkeit der Industriearbeiter.
9. Verelendung und Verarmung des ganzen unglücklichen Landes; infolgedessen vollständiger Stillstand in der Entwicklung des Landes und der Bevölkerung.
10. Zugrunderichtung enormer Werte des Volks- und Nationalvermögens.
11. Zerstörung wertvoller und unersetzlicher Kunstschätze und wissenschaftlicher Güter.
12. Vollständige Demoralisierung der Bevölkerung.
13. Untergrabung des sozialen Staatsgedankens.

Ein für den Wiederaufbau Rußlands und damit auch Europas hochbedeutsames Ereignis hat sich in Berlin vollzogen. Zwischen Krassin, dem Bevollmächtigten der Sowjetregierung, und dem englischen Großindustriellen, Leslin Urquhart, dem Präsidenten des Aufsichtsrates der „Russo-Asiatic Consolidated Co.", ist ein Vertrag über Konzessionen an die englische Gesellschaft unterzeichnet worden. Nach fünfjährigem Kampf um die Anerkennung des Privateigentums macht die russische Räteregierung jetzt Konzessionen, die ohne den Charakter des Kommunismus zu verleugnen, der westlichen kapitalistischen Wirtschaftsform ein reiches Betätigungsfeld einräumen.

Die Bedeutung des Abkommens kann nicht besser gewürdigt werden, als an der Hand von Auslassungen Urquharts, die er vor seiner Abreise aus Berlin dem Berliner Berichterstatter der „Central News" gemacht hat. Er erklärte diesem:

„Auf rein geschäftlicher Grundlage ist es mir als Geschäftsmann, nicht als Politiker, gelungen, zu einer Verständigung mit den Soviets zu kommen, die ich seit fünf Jahren erbittert bekämpfte. In allen Verhandlungen mit den Soviets spielten die Hauptrolle zwei Punkte: die Anerkennung der Schulden der früheren russischen Regierungen und die Anerkennung des Privateigentums. Alle politischen Konferenzen mit den Russen in Genua und dem Haag scheiterten an der Anerkennung dieser Prinzipienfrage durch die Russen. In zehntägigen Verhandlungen mit Krassin ergab sich, daß die Bolschewisten recht hatten, diese beiden Fragen aus der politischen Atmosphäre zu entfernen und nicht zum Gegenstand internationaler Staatsverträge zu machen. Krassin leistete der Moskauer Regierung einen wichtigen Dienst, durch den Abschluß eines reinen Geschäftsvertrages ohne Einmischung fremder Mächte. Einen gewaltigen Sieg errang er, als er mich aus einem erbitterten Feind des Soviets zu ihrem Helfer beim Wiederaufbau gemacht hat. Durch den Vertrag, den wir jetzt abgeschlossen haben, habe ich für die „Russo-Asiatic" das Recht auf 99 Jahre für alle früher in unserm Besitz befindlichen Konzessionen bewirkt. Die Sowjetregierung leistet Ersatz für Material und Maschinen und gewährt große Summen zur sofortigen Indetriebsetzung. Ich habe das Recht, ohne Befragung der kommunistischen Arbeiterorganisationen Arbeiter beliebig einzustellen und zu entlassen. Ich hoffe, meine Arbeit in Rußland wird Deutschland in den gegenwärtigen kritischen Zeiten zugute kommen, und ich lade die deutsche Industrie und deutsche Unternehmer und Arbeiter zur Beihülfe beim Wiederaufbau des östlichen Nachbarn ein."

Die Bolschewiken machten Eingriffe in ihre gut angezeigten Lagerhäuser, mit Pelzen und anderen Luxuswaren aus anderen Tagen gefüllt. Pelze im Werte von einer Million Dollars wurden zum Austausch für Maschinen nach Leipzig gesandt.

Deutschland.

Deutschlands ewiger Kampf mit fantastisch emporschnellenden Lebenskosten wird einen erheblichen Teil der neu beginnenden Reichstagstagung in Anspruch nehmen. Zu lebhaften Debatten werden auch die auswärtige Politik der Regierung und die Entschädigungsfrage Anlaß geben. Diese beiden Fragen berühren das tägliche Leben aller Bewohner an den wichtigsten Stellen, der Geldbörse und dem Magen. Verschiedene Gesetze hinsichtlich der Nahrungsversorgung des Landes werden voraussichtlich beantragt. Die Gewerkschaften sind mit den Schritten, welche die Regierung bisher zur Erleichterung des Loses der Armen unternahm, nicht zufrieden.

Die Gewerkschaften werden ihren Forderungen mit Unterstützung der neu geeinten sozialdemokratischen Partei, die sich aus den alten Sozialdemokraten und den unabhängigen Sozialisten zusammensetzt, im Reichstag Nachdruck geben. Mehr Sozialisierung wird verlangt. Dies gilt namentlich für die sogenannten Schlüsselindustrien, wie Kohlenförderung. An zweiter Stelle steht die Entschädigungsfrage. Ueber die Politik der Regierung von Wirth besteht große Meinungsverschiedenheit. Wirth war der Apostel der Erfüllungspolitik, die sich aber in den letzten Monaten als eine Bankerottpolitik erwies und der Kanzler selbst hat seine Erfüllungsidee aufgegeben oder eingeschränkt. Er hat aber die starke Partei der Geschäftsleute nicht zufriedengestellt, die deutsche Volkspartei, in welcher Stinnes, Stresemann und die Großindustriellen Gewicht haben. Die Arbeiter sind verstimmt, nicht allein über die Entschädigungspolitik, sondern auch über den Handel, den Stinnes mit dem Franzosen Lubersac schloß, nachdem die Regierung vier Jahre lang vergebens eine Aussöhnung mit Frankreich zu erlangen gesucht hatte. Alle diese Umstände führten zur Unzufriedenheit mit der Regierung, die sich in den Debatten diesen Herbst und Winter zeigen wird. Ob das Ministerium Wirth der Sturmflut überlebt, ist fraglich. Finanzminister Hermes wartet darauf, um Wirth abzulösen.

Nach einem Bericht an das Handelsdepartement der Ver. Staaten von Edward T. Pickard, dem Chef der Textil-Abteilung, der sich augenblicklich in Europa zum Studium der Verhältnisse in der Textilbranche befindet, stehen die deutschen Baumwollspinnereien vor einer Katastrophe infolge der Unmöglichkeit, Rohmaterialien zu kaufen. In dem Bericht heißt es, daß der Sturz der deutschen Mark und die Vernichtung ihrer Kaufkraft es den deutschen Baumwollspinnereien unmöglich mache, ihr Betriebskapital genügend zu erhöhen, um damit Rohmaterial einkaufen zu können, und daß sie sich infolgedessen unlösbaren Schwierigkeiten gegenüber befinden.

Ein Hervortreten des „Reichsvereins ehemaliger Kriegsgefangener" ruft die unerhörte Tatsache ins Gedächtnis zurück, daß heute noch Deutsche als Kriegsgefangene in Frankreich schmachten. Der genannte Verein hat sich nunmehr an den Völkerbund gewandt mit dem flehenden Ersuchen, diesen Unglücklichen doch die ihnen so lange schon und heute unter Verhöhnung jeden Gefühls für Recht und Gerechtigkeit, Humanität und Zivilisation immer noch vorenthaltene Freiheit durch Herbeiführung ihrer Begnadigung seitens der Regierung Frankreichs zu verschaffen.

Die bayerischen Bierbrauer beginnen, Rußland zu „durchdringen". Sie werden in Petersburg eine Brauerei nach dem Geschäftsprinzip der Gemeinsamkeit gründen. Die Flasche Bier wird dort dem Rubelstande entsprechend drei Millionen Rubel kosten.

Für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte, welche der Vertrag von Versailles Deutschland schnöde geraubt, treffen die deutschen Reedereien weithingehende Maßregeln. So haben sie neuerdings sechs englische Dampfer zur Einstellung in die deutsche, dem Handel gewidmete Flotte angekauft.

Wie Deutschland an das Ausland verkauft wird, kann auf Grund Folgenden nachgewiesen werden:

Im ganzen besetzten Gebiete, namentlich in Köln, Wiesbaden, Koblenz, Aachen ist der wertvollste Besitz bereits in englische Hände übergegangen; in Köln unter anderen auch die jedem Besucher bekannte, weltberühmte „Ewige Lampe". Nach einer statistischen Feststellung der Stadt Köln sind bis zum 31. Dez. 1921 426 bebaute Grundstücke — die besten des Ortes — in fremden Besitz übergegangen, und zwar 269 an Holländer, 42 an Luxemburger, 39 an Franzosen, 36 an Belgier, 32 an Engländer, 25 an Amerikaner, 15 an Schweizer, 12 an Spanier, 2 an Tschechen und je eins an einen Portugiesen und an einen Polen. Seither sind wieder viele Monate ins Land gegangen, und gerade in diesem Jahre sollen die Ankäufe sich mehr denn je gehoben haben. In Frankfurt a. M. sind schon 1919 von sämtlichen Grundstücken, die die Besitzer wechselten, neun Zehntel in die Hände der Ausländer übergegangen. In Leipzig gingen im Jahre 1920, man kann wohl sagen, ein Teil der Stadt an Ausländer über; darunter ein Millionenmarkobjekt für die lächerliche Summe von 15,000 Dollar.

Liebenswürdigkeit und Herzlichkeit.

Liebenswürdig ist eines der schönen, tiefschürfenden Worte unserer geliebten, reichen Muttersprache, das von dem Glanze und der Tiefe seiner Bedeutung viel eingebüßt hat durch unsere Schuld und Scheinliebe.

Liebenswürdig sein das heißt ja im Grunde würdig sein der Liebe. Liebe ist aber einer der großen Begriffe, die ein ganzes He